

## **Ausländerkriminalität stoppen – Grenzkontrollen wieder einführen!**

**Die Schweizer Demokraten (SD) sind äusserst besorgt über die aktuelle Situation in den Bereichen Kriminalität und Sicherheit. Sie fordern deshalb eine dringend nötige Verschärfung des Strafrechts, indem Ausländer bei schweren Delikten nach Verbüsung der Strafe konsequent ausgeschafft werden können. Aufgrund der beunruhigenden kriminellen Aktivitäten von einreisenden Ausländern ist das Schengen-Abkommen auszusetzen und Grenzkontrollen wieder einzuführen.**

Die jüngst veröffentlichte Kriminalstatistik des Bundes für das Jahr 2009 hat äusserst besorgniserregende Zahlen zutage gefördert. So gehen 48 Prozent der kriminellen Taten auf das Konto von Ausländern. Davon entfallen 14 Prozent auf Kriminaltouristen und 4,4 Prozent auf Asylbewerber. In den Schweizer Gefängnissen liegt der Ausländeranteil bei über 70 Prozent. Diese erschreckenden Zahlen sind nicht nur die Folge der largen Ausländerpolitik der letzten beiden Jahrzehnte, sondern auch der offenen Grenzen, welche die Personenfreizügigkeit mit der EU und insbesondere der Schengen-Beitritt mit sich gebracht hat. Leider stemmt sich der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments gegen die dringend nötigen Verschärfungen des Strafrechts.

### **SD für Sicherheit...**

Die SD bekräftigen, dass sich die Partei auch in Zukunft mit ganzer Kraft für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen wird. Die Missstände sind beim Namen zu nennen. Ausländische Straftäter sollen in Medienmitteilungen der Polizei realitätsbezogen mit ihrer Nationalität genannt werden.

### **und gegen Schengen**

Die Schweiz hat mit dem Schengenbeitritt die Kontrolle der Grenzübergänge aus der Hand gegeben. Die Behörden konnten bislang keine messbaren Erfolge des Schengenbeitritts aufzeigen. Tatsache sind hingegen die katastrophalen Kriminalitätszahlen. Die Kosten von Schengen sind immens; die Tauglichkeit der Fahndungssysteme jedoch nicht bewiesen. Wer jetzt die Zustände schönredet und sich gegen jegliche Verschärfung des Strafrechts und gegen die Ausschaffung krimineller Ausländer wehrt, macht sich mitverantwortlich für die herrschenden beschämenden Zustände. Die SD fordern zudem die Aussetzung des Schengen-Beitritts und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer